

NDR Info Das Forum
STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN
Andreas Flocken

30.01.2010 /19.20-19.50 Uhr
31.01.2010 /12.30-13.00 Uhr (Wh.)
E-Mail: streitkraefte@ndr.de
www.ndrinfo.de

Inhalt:

- Sisyphusarbeit am Hindukusch – die schwierige Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte
- Der Lack ist ab – Verteidigungsminister zu Guttenberg in Turbulenzen
- Warten auf die atomare Abrüstung – was wird aus Obamas Vision?

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Heute mit einer neuen Ausgabe der Sendereihe Streitkräfte und Strategien, am Mikrophon begrüßt Sie Andreas Flocken.

Und das sind unsere Themen:

- Nach der Afghanistan-Konferenz: Sisyphusarbeit am Hindukusch – die schwierige Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte.
- Der Lack ist ab – Verteidigungsminister zu Guttenberg in Turbulenzen.
Und:
- Warten auf Abrüstung – was wird aus Obamas Vision einer atomwaffenfreien Welt?

Für Kritiker wurde in dieser Woche auf der Londoner Afghanistan-Konferenz nichts grundsätzlich Neues beschlossen. Anders die Sichtweise der Teilnehmer-Staaten: Von einem Neubeginn ist die Rede. Für Außenminister Westerwelle hat sich nun die immer wieder beschworene Abzugsperspektive konkretisiert:

O-Ton Westerwelle

„Im Jahre 2010 wollen wir, dass mit der regionalen Übergabe der Verantwortung begonnen wird. Im Jahr 2011 gehen wir an die schrittweise Reduzierung auch unseres eigenen Kontingentes heran. Und im Jahr 2014 soll die vollständige Übergabe der Verantwortung an die afghanische Regierung gelungen sein.“

Zunächst aber sollen die eigenen Truppen aufgestockt werden, u.a. um die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte zu verstärken. Die Armee soll mit rund 170.000 Soldaten größer werden als zunächst geplant. Die Ausbildung der afghanischen Streitkräfte ist allerdings sehr mühsam. Und ob diese angestrebte „Afghanisierung“ erfolgreich sein wird, ist keineswegs sicher. Über die Schwierigkeiten und Probleme - Andreas Dawidzinski:

Manuskript Andreas Dawidzinski

O-Ton Gefechtslärm

Soldaten der afghanischen Armee im Gefecht in der Provinz Helmand im Süden des Landes. Die Befehle kommen von britischen Ausbildern – noch: denn das Ziel ist, dass die afghanischen Einheiten selbstständig und ohne NATO-Militär operieren können. Offensiven gegen Aufständische würden inzwischen immer öfter unter der Führung der afghanischen Streitkräfte erfolgen, heißt es bei der NATO. Der Hintergrund: Die Operationen am Hindukusch sollen ein afghanisches Gesicht bekommen, die ISAF-Truppe so überflüssig werden.

Um diese Anstrengungen zu forcieren, wurde im vergangenen Jahr ein eigenes Kommando geschaffen: Die NATO-Training Mission Afghanistan, kurz NTM-A. Unter dem Dach dieses Kommandos sollen die afghanischen Streitkräfte fit gemacht werden, um künftig selbst für Sicherheit im Land zu sorgen. Die Stärke der afghanischen Armee beträgt zurzeit rund 90.000 Soldaten. Vor der Afghanistan-Konferenz strebte man noch eine Größe von 134.000 Soldaten an. Und die ISAF zeigte sich zuversichtlich, diese Zielmarke möglicherweise noch in diesem Jahr erreichen zu können. Ein britischer ISAF-Offizier:

O-Ton GB-Offizier (overvoice)

„Ich denke, man kann durchaus erwarten, dass dieses Ziel realisiert wird und die afghanischen Kommandeure entsprechend ausgebildete Soldaten und auch Polizisten bekommen werden. Ich rechne damit, dass wir unsere übernommenen Verpflichtungen erfüllen werden. Unser konkreter Auftrag lautet, General McChrystal und General Rodriguez, der für die Militäroperationen zuständig ist, qualifizierte und gut ausgebildete Soldaten zu übergeben. Soldaten, die nicht nur sich selbst schützen können, sondern auch die afghanische Bevölkerung.“

Bei der NATO ist man also optimistisch. Es geht voran, so die Botschaft. Die PR-Abteilung der ISAF verbreitet seit einiger Zeit regelmäßig Erfolgsmeldungen: Neu errichtete Kasernen werden von der ANA, wie die Afghanischen National-Armee genannt wird, übernommen, Piloten werden ausgebildet, der afghanischen Luftwaffe wird feierlich das erste Transportflugzeug übergeben.

Und damit den Streitkräften nicht die Rekruten ausgehen, machen sich afghanische Offizielle zusammen mit NATO-Offizieren Gedanken, wie die Armee für Bewerber attraktiver werden könnte. Denn eine Wehrpflicht gibt es nicht. Man ist auf Freiwillige angewiesen. Für den NATO-Offizier Gilbert Acosta sind die Afghanen auch hier auf dem richtigen Weg:

O-Ton Acosta (overvoice)

„Wir sprechen mit den afghanischen Stellen, wie die Streitkräfte mit Blick auf eine mögliche Weiterverpflichtung der Soldaten umgebaut werden können. Man muss die Soldaten frühzeitig, noch bevor ihre Verträge auslaufen, über weitere Karrieremöglichkeiten informieren und auf die Anreize und Vorteile hinweisen, die eine Karriere in der ANA mit sich bringt.“

Doch diese Erfolgsmeldungen können nicht darüber hinweg täuschen, dass es auch große Probleme gibt. Es ist schwierig, geeignete Bewerber zu finden. Das gilt insbesondere für Führungspositionen oder anspruchsvolle Bereiche wie der Logistik. Nur wenige Soldaten können Lesen und Schreiben. Außerdem darf in Sachen Disziplin und Zuverlässigkeit nicht der Maßstab westlicher Streitkräfte angelegt werden. In einem bei Youtube eingestellten Video zeigen sich US-Ausbilder genervt über das Verhalten der von ihnen betreuten afghanischen Soldaten. Eigentlich wollte man um 8.30 Uhr auf Patrouille gehen. Doch die Soldaten sind nicht bereit. Ihnen fehlen u.a. Helm, Sturmgewehr und andere Ausrüstungsgegenstände:

O-Ton Ausbilder

„You are not ready; you don't have a helmet on. And he doesn't have a rifle right now. How was he ready? He hasn't got his gear on. Ready would be on the road, staged, ready to move 8.30 ...come on. Let's go.”

Solche Szenen gibt es offenbar öfter als mancher bei der NATO wahrhaben möchte. Es sei so, als müsse man ständig auf 26 Kinder gleichzeitig aufpassen, klagt ein anderer US-Ausbilder. Man müsse ihnen immer wieder sagen, was sie nicht tun dürfen:

O-Ton Ausbilder

„It is like having 26 kids. It is you have to watch after. It really is. It would require thirty times: don't do this, don't do this, don't do this”

Das ist vielleicht etwas übertrieben. Trotzdem: Die Ausbilder werden immer wieder mit Gewohnheiten ihrer afghanischen Schützlinge konfrontiert, an die sie sich nicht gewöhnen wollen. So sind die Soldaten manchmal in Haschisch-Schwaden eingehüllt:

O-Ton Ausbilder

„Who is smoking haschisch around here? Who is smoking hasch? Tell him to come over here ...What kind of cigarette is this? Why do you turn away your cigarette?” „Neer haschisch, no haschisch.“ „Yes haschisch. You smell this, and you tell me, this is not haschisch?”.

Das Rauchen von Haschisch – keine Ausnahme. NATO-Spitzenmilitärs schätzen, dass rund 15 Prozent der afghanischen Soldaten drogenabhängig sind. Ein Ausbilder vor Ort hält selbst diese Zahl für viel zu niedrig und kommt aufgrund seiner Erfahrungen zu einem ganz anderen Schluss:

O-Ton Ausbilder (overvoice)

„Wenn es bei den afghanischen Streitkräften Drogentests geben würde, würde man vielleicht Dreiviertel, vielleicht sogar 85 Prozent der Armee verlieren.“

Wie auch immer die Zahlen genau aussehen: Für die Ausbilder ist die Arbeit häufig frustrierend. Sie müssen viel Geduld mitbringen. Fortschritte gibt es nur im Schneckentempo. Immer wieder kommt es vor, dass die Soldaten plötzlich für Tage oder Wochen verschwinden – vor allem im Sommer. Da beträgt die

Abwesenheitsquote in den Einheiten manchmal bis zu 40 Prozent, klagt ein Bundeswehr-Ausbilder.

Rund 120 afghanische Verbände mit jeweils rund 600 Soldaten sind bisher aufgestellt worden. Angesichts dieser Schwierigkeiten ist es erstaunlich, dass nach offiziellen Angaben mehr als die Hälfte dieser Verbände von der ISAF den Status CM1 und 2 bekommen haben. Das heißt, diese sogenannten Kandaks sollen in der Lage sein, weitgehend selbstständig Militäroperationen durchzuführen. Insider weisen aber darauf hin, dass solche Bewertungen mit großer Vorsicht zu betrachten sind. Diese Einstufungen sind nur bedingt aussagekräftig. Sie können wenige Wochen später schon wieder hinfällig sein.

Das weiß man auch in Washington. Nicht zuletzt deshalb will man mehrere tausend zusätzliche Ausbilder nach Afghanistan schicken – auch in den Norden. Das ist nicht gerade ein Vertrauensvotum für die Deutschen. Denn dort bildet die Bundeswehr ebenfalls afghanische Soldaten aus. Von den knapp 4.500 Bundeswehr-Soldaten sind derzeit aber gerade einmal sechs Prozent für diese wichtige Aufgabe eingesetzt. Allerdings will Deutschland die Zahl der Ausbilder auf 1.400 erhöhen. Wenn die betreuten afghanischen Verbände in den Süden oder andere Landesteile verlegt werden, dann dürfen die Bundeswehr-Soldaten ihre Schützlinge nicht begleiten, so die Order aus Berlin. Diese Beschränkung hatte der für Afghanistan zuständige deutsche NATO-General Egon Ramms bereits vor zwei Jahren als falsch kritisiert:

O-Ton Ramms

„Ich glaube, das ist normale militärische Tradition, dass die, die im Frieden gemeinsam die Ausbildung gemacht haben, dann auch im Einsatz weiter zusammenarbeiten. Von daher wäre das der normale Zustand.“

Aber nicht für die Bundeswehr. Die Deutschen bilden die afghanischen Soldaten vorwiegend innerhalb militärischer Einrichtungen aus. Die eigene Sicherheit hat Vorrang. Aktivitäten außerhalb der Stützpunkte sind selten. Nach dem Willen des Verteidigungsministers soll sich das aber schon bald ändern. Jetzt spricht auch zu Guttenberg vom sogenannten „Partnering“. Gemeint ist damit, dass die deutschen Ausbilder die Afghanen auch bei Einsätzen begleiten. An-

dere NATO-Soldaten, insbesondere die Amerikaner, machen das schon seit langem. Sie sind auch bei Kampfeinsätzen dabei.

Ausgebildet werden nicht nur afghanische Soldaten, sondern auch Polizisten. Hier sind die Defizite noch größer als bei der afghanischen Armee. Die Sicherheitskräfte haben generell ein großes Imageproblem in der afghanischen Gesellschaft. Polizisten haben das niedrigste Ansehen. Sie gelten nicht als Freund und Helfer der Bevölkerung, sondern als korrupte Wegelagerer. Regelmäßig werden Autofahrer an Kontrollstellen der Polizei abkassiert. Solche Checkpoints können sich als eine ergiebige Einnahmequelle erweisen. Der frühere ISAF-Stabschef General Domröse:

O-Ton Domröse

„Eines der berühmten Beispiele ist in Herat,...weil Herat sich dadurch auszeichnete, dass man sich in Herat einen Checkpoint mieten konnte. Und wenn sie sich für 10.000 Dollar einen Checkpoint von der Polizei mieten können, dann wissen Sie, dass Sie da mindestens 11.000 einnehmen, sonst mieten Sie den nicht. Und da kann man sagen, in dem Grundverständnis, ohne Jurist zu sein: Das ist nicht anständig.“

Afghanische Polizisten, die nicht die Bevölkerung schützen, sondern gegen sie arbeiten. Einer der Gründe für solche Praktiken ist sicher auch der niedrige Verdienst. Jahrelang bekam der einfache Polizist weniger als 100 Dollar im Monat. Er verdiente damit weniger als die Soldaten der Streitkräfte. Davon kann man auch in Afghanistan nicht leben, geschweige denn eine Familie ernähren. Mittlerweile hat die Regierung in Kabul reagiert. Das Gehalt ist um mehr als 30 Prozent angehoben worden.

Auf der Konferenz in London war man sich einig, die Zahl der afghanischen Sicherheitskräfte weiter zu erhöhen. Bei der Polizei ist die Zielgröße jetzt 134.000 – umzusetzen bis 2011. Ein ehrgeiziges Ziel. Denn bereits die bisher angestrebte Zahl ist für den ehemaligen Bundeswehr-Arzt und Chef der Kinderhilfe Afghanistan, Reinhard Erös, unrealistisch gewesen:

O-Ton Erös

„Es nützt nichts, wenn sie von den 80.000 afghanischen Polizisten 90 Prozent Analphabeten haben, die selber hochkorrupt und kriminell sind. Das ist zurzeit

der Fall. Also, wir müssen nicht nur quantitativ Truppen ausbilden in Afghanistan, Sicherheitskräfte, [sondern] auch qualitativ.“

Die Sicherheitskräfte rekrutieren häufig ungeeignete Personen. Nicht selten haben sich die Bewerber etwas zuschulden kommen lassen, dürfen sich in ihrem eigenen Dorf deshalb nicht mehr blicken lassen. Wer etwas auf sich hält, geht gerade nicht zu den Sicherheitskräften. Reinhard Erös, der mit seiner Organisation in Südafghanistan Schulen aufgebaut hat:

O-Ton Erös

„Wenn ich dann meine Abiturienten frage, ich habe das ein paar Mal gemacht: Wer von euch möchte nach dem Abitur zur Polizei oder zur afghanischen Armee gehen? Dann lachen die mich aus. Die sagen: da gehen doch nur Doofe hin. Ich gehe doch nicht als Abiturient zur Polizei. Das ist der am schlechtesten angesehene Beruf in Afghanistan. Also, wenn wir das nicht ändern, wenn wir die Qualität nicht ändern, und die können wir ändern über eine bessere Bezahlung, über eine bessere Perspektive des Berufs, über das Einbinden der Familien usw. Wenn wir das nicht tun, nützt es überhaupt nichts, wenn wir 100.000 Polizisten haben.“

Der Aufbau der afghanischen Polizei verläuft sehr schleppend. Dafür ist Deutschland mitverantwortlich. Denn die Bundesregierung hatte damals die Führungsrolle bei der Polizeiausbildung übernommen. Doch es wurden nur einige wenige Polizisten als Ausbilder an den Hindukusch geschickt. Die aber konnten nicht ansatzweise das leisten, was man der internationalen Gemeinschaft versprochen hatte. Deutschland hat sich mächtig blamiert. Die Aufgabe wurde schließlich an die EU abgegeben. Doch auch durch die Polizeimission EUPOL ist es trotz großer Ankündigungen zu keiner spürbaren Verbesserung gekommen. Auf der Afghanistan-Konferenz hat es in dieser Woche erneut viele Versprechungen und Zusagen gegeben – auch von deutscher Seite, insbesondere bei der Ausbildung der afghanischen Polizei. Doch ob den Worten diesmal Taten folgen werden, ist keineswegs sicher. Zweifel an ihren Verbündeten haben offenbar auch die USA. In einigen Provinzen haben die US-Streitkräfte inzwischen damit begonnen, die mühsam entwaffneten Milizen einiger Warlords wieder aufzurüsten. Der Grund: Ihnen traut man noch am ehesten zu, wirksam gegen die Taliban vorzugehen.

Flocken:

In der kommenden Woche ist Verteidigungsminister zu Guttenberg 100 Tage im Amt. Eine Einarbeitungsphase hatte er nicht. Denn gleich nach Amtsübernahme wurde er mit dem NATO-Untersuchungsbericht zum Luftangriff bei Kundus konfrontiert. Ein Thema, das zu Guttenberg noch länger beschäftigen wird. Zugleich gibt es aber auch noch in anderen Bereichen der Bundeswehr Handlungsbedarf. Zum Start des neuen Verteidigungsministers – Jan Paulsen:

Manuskript Jan Paulsen

Die Erleichterung in der Bundeswehr war zu spüren, als bekannt wurde, dass Karl-Theodor zu Guttenberg das Amt des Verteidigungsministers übernehmen würde. Das hatte zunächst weniger mit dem CSU-Politiker selbst zu tun, sondern vielmehr mit seinem Vorgänger. Denn Franz Josef Jung agierte glücklos und wirkte in der Öffentlichkeit steif und hölzern. Ganz anders sein Nachfolger zu Guttenberg. Der Shooting Star ist redegewandt, selbstsicher und routiniert im Umgang mit den Medien.

Auch auf internationalem Parkett weiß er zu glänzen. Zu Guttenberg spricht fließend Englisch und die weltoffene Art beeindruckt seine Gesprächspartner. Pentagonchef Gates lobte den CSU-Politiker bei dessen Antrittsbesuch in Washington als einen kenntnisreichen und respektierten Sicherheitspolitiker, mit vielen Kontakten in den USA:

O-Ton Gates

„I know he is a well respected voice in Germany on national security and foreign policy issues. So I look forward to working with him. So he is a great friend of the United States where he has many friendships.“

Der junge deutsche Verteidigungsminister auf Augenhöhe mit den ganz Großen der Internationalen Politik. Das strahlt ab auf die Truppe, gibt ihr das Selbstbewusstsein, das ihr unter seinem Vorgänger gefehlt hat. Die Soldaten in Afghanistan waren daher bei zu Guttenbergs Abstecher an den Hindukusch voll des Lobes über ihren neuen Dienstherrn. Soldaten im bundeswehreigenen Fernsehen BwTv:

O-Ton Soldaten in Kundus

„Ich habe den Minister hier erlebt. Er hat für die Soldaten gesprochen und wir hoffen alle, dass diesen Worten auch Taten folgen. / Also ich bin froh, dass der Minister relativ schnell nach seiner Amtsübernahme hier zu uns in den Einsatz gekommen ist, weil es uns auch zeigt, dass er gewisse Verbundenheit mit uns hat.“

Auch der wenig später entlassene Generalinspekteur Schneiderhan wusste während der Reise nach Kundus nur Gutes über den neuen Verteidigungsminister zu berichten. Für ihn kennzeichnet den CSU-Politiker,

O-Ton Schneiderhan

„dass er zuhören kann, dass er aufnimmt, und dass er ... ein Gefühl hat dafür, dass Bundeswehr und Soldaten auch eine Seele haben. Das ist vielleicht das ganz Wichtige und das lässt er auch spüren.“

Auf große Zustimmung stieß bei den Soldaten, die Feststellung, dass es in Afghanistan kriegsähnliche Zustände gebe. Das war ein Bruch mit der Sprachregelung seines Vorgängers, der gebetsmühlenartig von einer Stabilisierungsmission gesprochen hatte. Damit aber hatte sich Franz Josef Jung bei den in Afghanistan im Einsatz befindlichen Soldaten zunehmend isoliert. Die sehen sich nämlich in einem Krieg. Das gilt insbesondere für Kundus.

Zu Guttenberg versuchte von Anbeginn, das Vertrauen der Soldaten zu gewinnen. In diesem Zusammenhang ist auch seine erste Stellungnahme zum Luftangriff bei Kundus zu sehen, bei dem möglicherweise bis zu 142 Menschen getötet worden sind. Der CSU-Politiker verteidigte den Luftschlag, er bezeichnete ihn als militärisch angemessen. Diese Linie hatte zuvor bereits Generalinspekteur Schneiderhan öffentlich vertreten. Der Verteidigungsminister stellte sich damit vor Oberst Klein, der diesen umstrittenen Angriff angeordnet, dabei aber gegen mehrere ISAF-Vorschriften verstoßen hatte. Verwunderlich war allerdings, dass zu Guttenberg - knapp eine Woche im Amt – mit seiner eigenen Einschätzung wesentlich über die Bewertung des damaligen Generalinspektors hinausging:

O-Ton zu Guttenberg

„Ich darf allerdings auch sagen, dass ich nach meiner Einschätzung zu dem Schluss komme: Selbst wenn es keine Verfahrensfehler gegeben hätte, hätte es zum Luftschlag kommen müssen.“

Es „hätte zum Luftschlag kommen *müssen*“. Eine erstaunliche und schwer nachvollziehbare Schlussfolgerung. Denn der forsche Verteidigungsminister hatte zu diesem Zeitpunkt bereits den geheimen NATO-Untersuchungsbericht gelesen. Dort sind die Verstöße von Oberst Klein gegen die ISAF-Einsatzregeln detailliert aufgeführt. Bei Beachtung der vorgeschriebenen Einsatzverfahren und Einsatzregeln wäre es gerade *nicht* zum Luftschlag gekommen. Die zögernden US-Piloten, die erhebliche Zweifel an dem Luftangriff hatten, und erst nach wahrheitswidrigen Angaben der deutschen Bodenstelle ihre Bomben auslösten, sind auf Betreiben des ISAF-Befehlshabers McChrystal sofort abberufen und quasi strafversetzt worden. Anders der Umgang der Bundeswehr. Auch nach Vorlage des NATO-Untersuchungsberichts wurde vom Bundesverteidigungsminister die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen den Offizier, der den Luftschlag angefordert hatte, abgelehnt.

Doch zu Guttenberg kam einige Wochen später zu einer Neubewertung des Luftangriffs, bei dem auch viele Zivilisten starben. Offenbar hatte der CSU-Politiker erkannt, dass seine erste Bewertung eine krasse Fehleinschätzung war, die auf Dauer nicht haltbar war. Begründet hat zu Guttenberg die Kehrtwende im Dezember vor dem Bundestag allerdings anders. Der neue Verteidigungsminister fühlte sich von der militärischen Führung unzureichend informiert:

O-Ton Guttenberg vor Bundestag

„Obgleich Oberst Klein, und ich rufe das auch den Offizieren zu, die heute hier sind, zweifellos nach bestem Wissen und Gewissen sowie zum Schutz seiner Soldaten gehandelt hat, war es aus heutiger, objektiver Sicht, im Lichte aller, auch mir damals vorenthaltender Dokumente, militärisch nicht angemessen. Und nachdem ich ohne juristische Wertung, das ist mir wichtig, meine Beurteilung diesbezüglich rückblickend mit Bedauern korrigiere, korrigiere ich meine Beurteilungen allerdings nicht betreffend meines Verständnisses von Oberst Klein, meine Damen und Herren. Und das ist auch der Grund, und das sage ich auch an dieser Stelle, weshalb ich Oberst Klein nicht fallen lassen werde. Das würde sich nicht gehören.“

Stattdessen entließ zu Guttenberg Generalinspekteur Schneiderhan und Staatssekretär Wichert, weil sie ihm entscheidende Berichte vorenthalten hätten. Darunter war auch der Feldjäger-Bericht, dessen Inhalt von der BILD-Zeitung bekannt gemacht wurde. Sein Inhalt war allerdings nicht spektakulär. Der Bericht hatte dem NATO-Team vorgelegen, das den Luftangriff untersuchte und den geheimen NATO-Report erstellte. Aus Sicht der Untersuchungskommission enthielt er keine neuen Erkenntnisse, war ohne Relevanz. Der Feldjägerbericht wanderte daher in den Reißwolf.

Alle wichtigen Fakten und Details über den Luftangriff sind im geheimen NATO-Untersuchungsbericht enthalten. Zu Guttenberg kannte diesen Report, als er behauptete, dass es zu dem Luftangriff hätte kommen müssen. Die Begründung für die Neubewertung des Verteidigungsministers, es hätten ihm nicht alle Berichte vorgelegen, ist daher schwach und wenig überzeugend. Oder wollte er mit der Entlassung des Generalinspektors und des Staatssekretärs möglicherweise von der eigenen Fehleinschätzung ablenken? Waren Schneiderhan und Wichert Sündenböcke? Einige von vielen Fragen, mit denen sich u.a. der Untersuchungsausschuss zur Kundus-Affäre befassen wird.

Wolfgang Schneiderhan gilt als weitsichtiger und besonnener General. Unter Franz Josef Jung hatten er und Staatssekretär Wichert große Freiräume – das hatte aber auch viel mit der Schwäche des damaligen Verteidigungsministers zu tun. Zu Guttenberg hat mit der Entlassung deutlich gemacht, dass im Verteidigungsministerium nun ein ganz anderer Führungsstil praktiziert wird. Der CSU-Politiker will die Zügel fest in die Hand nehmen. Zu Guttenberg bei Reinhold Beckmann:

O-Ton zu Guttenberg

„Es darf nicht sein, dass andere die Bewertungen für den Minister vornehmen, ohne ihm die Bewertungsgrundlagen auch zur Einsicht gegeben zu haben.“

Der neue Generalinspekteur Volker Wieker wird künftig nicht mehr die Freiheiten seines Vorgängers haben, schon gar nicht in Fragen der Sicherheitspolitik. Die Spitzenbeamten und Militärs müssen sich umgewöhnen. Im Ministerium ist nach der anfänglichen Euphorie inzwischen Ernüchterung eingetreten. Manchen

tritt der neue Verteidigungsminister zu schneidig auf. Insbesondere die Entlassung des von vielen geschätzten und als loyal geltenden Wolfgang Schneiderhan wird von dem einen oder anderen als überzogen angesehen.

Zu Guttenberg legt viel Wert auf die Information des Parlaments. Seine Neubewertung und die Entlassung des Generalinspektors verkündete er nicht auf einer Pressekonferenz, sondern im Bundestag. Abgeordnete nehmen das wohlwollend zur Kenntnis. Weniger allerdings den manchmal rauen, überheblichen und belehrenden Ton des Ministers, der im Parlament schon zu tumultartigen Szenen geführt hat:

O-Ton Tumulte im Bundestag

Ob das kraftvolle Auftreten des jungen Ministers dabei hilft, die Bundeswehr zukunftsfähig zu machen, muss sich erst noch zeigen. Viel bewegt hat er bisher nicht. Dabei stehen die Streitkräfte vor zahlreichen Herausforderungen. So braucht die Bundeswehr dringend eine neue Struktur. Denn mit den vorhandenen Mitteln lassen sich die Streitkräfte auf Dauer nicht finanzieren. Angesichts der leeren Kassen wird es aber nicht mehr Geld geben. Sorgen bereiten dabei die teuren Rüstungsprojekte, die immer mehr aus dem Ruder laufen. Der A400M ist ein aktuelles Beispiel. Offen ist auch, wie es in Afghanistan weitergeht.

Die Messlatte für den neuen Verteidigungsminister ist hoch. Übersprungen hat er sie noch nicht, auch wenn er bei seinen Auftritten manchmal einen anderen Eindruck vermittelt.

* * *

Flocken:

Barack Obama hat angekündigt, das Thema Abrüstung ganz oben auf die internationale Tagesordnung zu setzen. Damit hat der US-Präsident große Hoffnungen geweckt. Im vergangenen Jahr ist Obama mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden. Doch wird 2010 wirklich ein Jahr der Abrüstung? Das hängt zum großen Teil auch von Washington ab. Denn in den USA stehen zur-

zeit Entscheidungen an, die für den Abrüstungsprozess von Bedeutung sind. Hören Sie Jerry Sommer:

Manuskript Jerry Sommer

Mit der sogenannten „Nuclear Posture Review“ wird gegenwärtig in Washington die US-Atomstrategie für die nächsten fünf bis 10 Jahre festgelegt. In dem Dokument, das Anfang März fertig sein soll, wird die Rolle von Atomwaffen für die US-Verteidigungspolitik beschrieben. Festgelegt wird außerdem ein Rahmen für die Anzahl und die Art der für notwendig erachteten US-Atomwaffen. Auf der UN-Generalversammlung im vergangenen September beschrieb Präsident Barack Obama seine Vorgabe:

O-Ton Obama (overvoice)

„Wir werden mit diesem Dokument die Tür zu weitgehenden Reduzierungen öffnen und die Rolle von Nuklearwaffen reduzieren.“

Doch was heißt das konkret? Wird die bisherige Strategie nur leicht angepasst oder wird sie grundlegend revidiert und sich am Ziel einer atomwaffenfreien Welt orientieren? Die Regierung in Washington sucht gegenwärtig unter Federführung des Pentagons eine Antwort auf diese Fragen. Hinter den Kulissen prallen die Positionen hart aufeinander, vermutet Wolfgang Ischinger. Er war Staatssekretär im Auswärtigen Amt und ist heute Vorsitzender der einflussreichen Münchener Sicherheitskonferenz sowie Mitglied der „Internationalen Kommission für eine globale Nulllösung“, einem Zusammenschluss von Persönlichkeiten aus der ganzen Welt:

O-Ton Ischinger

„Es wäre ein Wunder, wenn es nicht zu einem Hauen und Stechen kommen wird mit denjenigen, die sagen, wer Sicherheit schaffen will, muss Sicherheit doppelt schaffen, also lieber ein paar mehr Nuklearwaffen als ein paar zu wenig.“

Dabei ist in Washington weitgehend unumstritten, dass heute die Weiterverbreitung von Nuklearwaffen die größte Gefahr darstellt. Diese Gefahr könne nur gebannt werden, wenn die Nuklearwaffenstaaten ihre im Atomwaffensperrvertrag eingegangene Verpflichtung zu atomarer Abrüstung auch umsetzen.

Der ehemalige Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium unter Ronald Reagan und spätere Botschafter der USA in Deutschland, Richard Burt, beschreibt diesen Zusammenhang folgendermaßen:

O-Ton Burt (overvoice)

„Wenn wir das Arsenal Russlands und der USA nicht erheblich reduzieren, und auch andere Atommächte einbeziehen, wird es zu einer weiteren Proliferation kommen. Je stärker die Unterstützung von Regierungen für eine atomwaffenfreie Welt ist, desto höher wird die Hürde für Staaten werden, eine Entscheidung für Nuklearwaffen zu treffen.“

Bei der Überarbeitung der amerikanischen Nuklearstrategie geht es zunächst einmal um eine Antwort auf die Frage: Wozu braucht man eigentlich Atomwaffen?

Während des Kalten Krieges hatten sie vor allem eine Abschreckungsfunktion. Bei der letzten Überprüfung der US-Nuklearstrategie im Jahre 2001 hat der damalige Präsident George W. Bush die Rolle der Atomwaffen dann noch erweitert: ihr Einsatz ist demnach auch präventiv möglich, selbst dann, wenn die USA und ihre Verbündeten nicht mit Atomwaffen, sondern mit chemischen oder biologischen Massenvernichtungswaffen angegriffen würden.

John Steinbrunner, der Leiter des „Komitees für Internationale and Sicherheitsstudien“ an der Universität von Maryland tritt für eine grundlegende Neudefinition der Rolle von Atomwaffen ein:

O-Ton Steinbrunner (overvoice)

„Man sollte hoffen, dass darin der Ersteinsatz von Atomwaffen ausdrücklich abgelehnt wird und dass festgelegt wird, dass wir Atomwaffen nur als Antwort auf einen Angriff mit Atomwaffen einsetzen werden.“

Wie aus dem Pentagon zu hören ist, wird die Nuclear Posture Review allerdings nicht so weit gehen. Der ausdrückliche Verzicht auf einen Ersteinsatz von Atomwaffen wird von Präsident Obama bisher nicht unterstützt. Laut Zeitungsberichten wird diskutiert, den möglichen Einsatz von Atomwaffen als „letztes Mittel“ oder nur für den Fall vorzusehen, dass die USA „existenziell“ bedroht

sind. Das wären relativ vage und schwammige Formulierungen. Aber es wäre immerhin eine gewisse Beschränkung.

Aus der Definition der zukünftigen Rolle der US-Atomwaffen ergibt sich die Zahl der für notwendig erachteten Nuklearsprengköpfe. Daraus lässt sich dann ableiten, inwieweit die USA bereit sind, ihre gegenwärtig circa 5.200 einsatzbereiten Atomsprengköpfe weiter zu reduzieren. Auch wenn es anachronistisch klingt: bisher sind die meisten dieser US-Atomwaffen gegen russische Raketenstellungen und Kommandozentralen gerichtet, oder sie werden als „Rückversicherung“ gegen Russland in Reserve gehalten.

Der Obama-Berater und heutige US-Botschafter bei der NATO, Ivo Daalder, hatte vor zwei Jahren vorgeschlagen, das US-Arsenal auf unter 1.000 Atomsprengköpfe zu vermindern. Auch wenn dies sinnvoll wäre, dieser Vorstoß ist vielen US-Militärs zu radikal. Er wird deshalb vermutlich keinen Eingang in die neue US-Atomstrategie finden, glaubt der den Republikanern nahestehende Washingtoner Sicherheitsexperte Henry Sokolski:

O-Ton Sokolski (overvoice)

„Derart tiefe Einschnitte, wie sie von einigen Mitgliedern der Administration vorgeschlagen werden, würden es unmöglich machen, die sogenannte Triade von Atomwaffen auf Bombern, U-Booten und landgestützten Interkontinentalraketen aufrechtzuerhalten. Das aber würde bedeuten, dass es schwierig wäre, einen Erstschlag zu überleben oder die nukleare Abschreckungsfähigkeit für Sicherheitspartner wie Japan, die Türkei oder die NATO zu gewährleisten.“

Andere Experten wie der Vorsitzende der Münchener Sicherheitskonferenz Wolfgang Ischinger widersprechen:

O-Ton Ischinger

„Man kann sich gegenseitig auch durchaus mit 500 Nuklearen Sprengköpfen abschrecken.“

Doch das würde bedeuten, dass nicht mehr alle Teilstreitkräfte über nukleare Fähigkeiten verfügen. Daran aber haben US-Army, US-Navy und die Air Force kein Interesse. Ihr Einfluss ist in Washington immer noch groß. Daher spricht

vieles dafür, dass die neue Nuklearstrategie den Spielraum für weitreichende Abrüstungsschritte einschränken wird.

Ähnliches gilt vermutlich auch für die verbliebenen circa 200 taktischen US-Atomwaffen in Europa. Es ist nicht zu erwarten, dass die USA sie abziehen werden, auch wenn diese Waffen heute militärisch keinen Sinn mehr machen und die Bundesregierung sich für ihren Abzug einsetzt. Denn die Systeme sind von den USA der NATO zugeordnet. Die USA werden die Zukunft dieser Waffen daher von der Diskussion im NATO-Bündnis abhängig machen.

Bei der gegenwärtigen Überprüfung der US-Atomstrategie geht es auch um die Frage der Modernisierung der Atomwaffen und der Infrastruktur, die für die Wartung und eine eventuelle Neuentwicklung von Atomwaffen notwendig ist. Der frühere Präsident George W. Bush hatte zum Beispiel damals die Entwicklung eines neuen Atomsprengkopfes gefordert, er scheiterte damit aber immer an der Mehrheit im US-Kongress. Die Debatte ist noch nicht ausgestanden, glaubt der Washingtoner Sicherheitsexperte Henry Sokolski:

O-Ton Sokolski (overvoice)

„Diskutiert wird auch über einen neuen Sprengkopf. Vielleicht müssen wir einen ganz neuen Sprengkopf bauen, um mit weniger Sprengköpfen auszukommen“.

Die Entwicklung eines neuen US-Atomsprengkopfes würde den Wahlversprechen von Barack Obama widersprechen und auch die Glaubwürdigkeit des amerikanischen Abrüstungswillens in Frage stellen. Die Gegner einer weitreichenden atomaren Abrüstung in den USA machen allerdings Druck. So haben 41 Senatoren in einem Brief an Präsident Obama damit gedroht, den START-Nachfolgevertrag nicht zu ratifizieren, sollten die Nuklearwaffen nicht modernisiert bzw. ein neuer Sprengkopf finanziert werden.

Die Atomwaffenbefürworter in den USA, ob im militärischen Establishment, in den Atomwaffenlabors und der Atomwaffenindustrie oder im Kongress, sind anscheinend stark genug, um einen Durchmarsch der Nuklearwaffengegner bei der Formulierung der neuen US-Atomstrategie verhindern zu können. Es ist deshalb mit Kompromissen und mehrdeutigen Formulierungen zu rechnen.

Trotzdem wird damit der Weg zu einer atomwaffenfreien Welt nach Meinung von Wolfgang Ischinger vermutlich nicht grundsätzlich verbaut. Entscheidend sei vielmehr der nächste praktische Schritt. Daran werde man ermessen können, wie ernst es die USA und Russland mit ihrer verbalen Unterstützung einer Welt ohne Atomwaffen meinen:

O-Ton Ischinger

„War das nun nur heiße Luft zur Besänftigung der Kritiker oder werden zumindest erste Schritte unternommen? Der Schritt, den wir erwarten und fordern sollten, [ist], dass die beiden großen Nuklearmächte nach erfolgreichem Abschluss des START-Nachfolgeabkommens sich unverzüglich daran machen, dass Ziel einschneidender Reduzierungen anzupacken. Ich bin durchaus zuversichtlich, dass dies auch erreichbar ist.“

Obama bläst in der Innenpolitik gegenwärtig der Wind mächtig ins Gesicht. Die Konservativen sehen sich gestärkt. Es bleibt abzuwarten, welche Auswirkungen diese Entwicklung auf die Formulierung der neuen US-Atomstrategie haben wird.

* * *

Flocken:

Soviel für heute in Streitkräfte und Strategien. Die Sendung finden Sie in der Mediathek und als Podcast unter ndrinfo.de. Dort können Sie auch den Newsletter der Sendereihe Streitkräfte und Strategien abonnieren. Wir schicken Ihnen dann jeweils das aktuelle Manuskript der Sendung kostenlos per E-Mail zu. Am Mikrofon verabschiedet sich Andreas Flocken.